Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5818

16. 10. 96

Änderungsantrag

der Abgeordneten Amke Dietert-Scheuer, Christa Nickels, Volker Beck (Köln), Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß) – Drucksache 13/1582 –

Sammelübersicht 45 zu Petitionen

Der Bundestag wolle beschließen, die Petitionen 2-12-08-250-2206 und 2-12-08-680-33848 der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Bonn, den 11. Oktober 1996

Amke Dietert-Scheuer
Christa Nickels
Volker Beck (Köln)
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Die Petenten bitten um rechtliche Maßnahmen, die individuelle Entschädigungsleistungen für jüdische NS-Verfolgte ermöglichen. Ein Verein der Juden aus Rumänien bittet um Entschädigungsleistungen für in Rumänien ansässige Juden. Ein ungarischer Staatsbürger begehrt eine Entschädigung für gesundheitliche Schäden, die er während der Zeit des Zweiten Weltkrieges in einem nationalsozialistischen Konzentrationslager erlitten hat.

Während Opfer nationalsozialistischer Verfolgungsmaßnahmen, die ihren heutigen Wohnsitz in Polen, Rußland, Weißrußland oder Ukraine haben, eine Entschädigung über ein zwischenstaatliches Abkommen erhalten können, besteht für NS-Verfolgte aus Rumänien und aus Ungarn keine derartige Möglichkeit. Die Bundesregierung wird darum aufgefordert, vergleichbare zwischenstaatliche Abkommen mit Rumänien und mit Ungarn zugunsten dort lebender NS-Verfolgter abzuschließen, die diesen Opfern eine individuelle Entschädigung ermöglichen.



Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333